

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex 8 86 846 pbbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 5

8. Januar 1985

Heinz Putzrath, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, kommentiert die Rechtsextremismus-Studie von Justizminister Engelhard: Kohl muß Konsequenzen ziehen. Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit der Bonner Haltung zu den US-Atomminen auseinander: Haltung eines Heloten. Seite 3

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, bewertet die Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitslosigkeit im 2. Jahr auf Rekordniveau. Seite 4

Warnungen bestätigt

Kohl muß praktische Konsequenzen aus der Engelhard-Studie über den Rechtsextremismus ziehen

Von Heinz Putzrath
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten

Das Anwachsen des Rechtsextremismus ist keine Erkenntnis des letzten Jahres. Vor der Gefahr, diese Entwicklung nicht zu sehen oder sie zu verharmlosen, haben Sozialdemokraten seit Jahren nachdrücklich gewarnt. Die Bundesregierung der Wende stellte sich taub. Den geistigen Ziehvätern des Rechtsextremismus, den SS-Verbänden aller Art, wurden ihre Zusammenkünfte weiterhin nicht nur gestattet, in den meisten Fällen wurden ihnen gegen die Stimmen der SPD kommunale Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Die offizielle Begrüßung durch CDU-Kommunalpolitiker fügte sich in das Bild. Die Waffen-SS wurde trotz grausamer Taten ihrer Teilverbände pauschal als nicht verfassungsfeindlich aus dem Verfassungsschutzbericht gestrichen. Man nahm sich nicht mehr die Mühe sie und ihre politische Enkel zu beobachten. Das Resultat: die Entstehung eines rechtsextremen Gewaltpotentials, das nicht mehr zu verleugnen ist. Unsere Warnungen wurden voll bestätigt.



Was veranlaßte Bundesjustizminister Engelhard nunmehr zur Aussage, daß der Rechts-
extremismus eine "reale Gefahr" sei und ihr "mit äußerster Wachsamkeit" begegnet
werden müsse. Hat vielleicht Herr Genscher die Aussagen westlicher und östlicher
Politiker über die Gefahr eines nationalistischen Revisionismus ernster genommen
als es offiziell zugegeben wird? Die Bemerkung des italienischen Außenministers, die
Reaktionen auf die sogenannte "offene Frage", die sich im Aufwind glaubenden
Vertriebenenpolitiker mit ihren nationalistischen Losungen, mögen schon aus außen-
politischen Gründen zum Nachdenken angeregt haben. Die jetzt von Engelhard vorge-
legte Studie allein ist noch kein Beweis für eine neue Erkenntnis. Studien die-
ser Art gab es bereits vorher und mit ebenso eindeutigen Ergebnissen.

Nun ist der Bundeskanzler gefordert, die Konsequenzen zu ziehen. Tut er das nicht,
desavouiert er seinen Justizminister. Die erste Gelegenheit, Flagge zu zeigen,
bietet sich sofort: eine Absage an das Schlesiertreffen würde im In- und Ausland
verstanden werden. Die Glaubwürdigkeit des weihnachtlichen Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus könnte Kohl dadurch unterstreichen, endlich den Weg für
die Verabschiedung des 21. Strafrechtsänderungsgesetzes (Auschwitzlüge) zu ebnen.
Schließlich sind die juristischen Voraussetzungen zu prüfen, nach denen es dem
Häuflein ehemaliger SS-Mörder verboten wird, ihre als "gesellig" getarnten Zu-
sammenkünfte abzuhalten. Das wäre ein Anfang. (-/8.1.1985/rs/ks)

+ + +



Bonn und die US-Atomminen

Die Bundesregierung nimmt gegenüber Washington die Position eines Heloten ein

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die bisherigen Verlautbarungen der Bundesregierung zur Frage der "Atommine im Tornister" stellen einen dramatischen Ausverkauf der deutschen Mitbestimmungsrechte in der NATO dar: Regierungssprecher Sudhoff erklärt zu Fragen der Öffentlichkeit nach der Existenz der Atomminen allen Ernstes, daß die amerikanische Regierung nach der Vertragslage die Bundesregierung über die Einführung solcher Waffen nicht informieren müsse und auch keine Zustimmung der Bundesregierung brauche.

Dies ist die Antwort eines Heloten und nicht die der Regierung eines Bündnispartners. Mit dieser Antwort sind gleichzeitig alle jahrzehntelangen Bemühungen früherer Bundesregierungen über den Haufen geworfen worden, bei allen Fragen der Atomwaffenstationierungen durch eine Konsultation ein verbindliches Mitspracherecht zu erhalten. Diese Konsultation hatte sich in der Tat abgespielt und wurde selbstverständlich. Immer wieder wurde betont, daß es ohne Zustimmung der Bundesregierung keine Stationierung neuer atomarer Waffensysteme geben könne.

Es besteht zum Beispiel kein Zweifel, daß das Urteil des Bundesverfassungsgericht zum Stationierungsrecht bei Atomwaffen anders ausgefallen wäre, wenn die Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestages nicht ausdrücklich der Stationierung der Mittelstreckenraketen zugestimmt hätte. Diese jahrzehntelang im Bündnis erkämpfte Position der Bundesrepublik Deutschland - die ihr ja nicht zuletzt im Zuge der Entwicklung von der Besatzungszone zum gleichberechtigten Bündnispartner zuerkannt wurde - hat der Regierungssprecher jetzt fallengelassen. Nach seinen Worten hat also Amerika einen Blanko-Scheck zur atomaren Bestückung des bundesdeutschen Territoriums.

Dieser Vorgang wird noch dramatischer, wenn man die potentielle militärische Funktion der neuen amerikanischen Atomminen im Tornister bedenkt. Diese kann allein darin bestehen, einen Verbund von konventionellen und nuklearen Waffeneinsätzen anzustreben und gleichzeitig damit die nukleare Schwelle fast bis zur Unkenntlichkeit zu senken. Damit passen die Atomminen nahtlos in die Air-Land-Battle-Konzepte des amerikanischen Heeres, die nach allen Aussagen der Bundesregierung und der NATO nicht für die Verteidigung in Europa im Rahmen der Allianz gültig sein sollen.

Die Bundesregierung konnte die Frage nie befriedigend beantworten, wie sie dieses Versprechen der Nichtgültigkeit der Air-Land-Battle-Konzeption einhalten kann, wenn die amerikanischen Truppen aber danach ausgebildet sind. Die Atommine im Tornister zeigt aber, daß nicht nur ausgebildet wird, sondern nach Air-Land-Battle-Konzepten in der Bundesrepublik bereits ausgerüstet wird.

Wenn selbst dazu die Bundesregierung meint, nichts sagen zu dürfen und alles für richtig halten zu müssen, dann befindet sie sich in einem solchen Bückling gegenüber amerikanischen Militärplanungen, in dem sie deutsche Interessen nicht einmal mehr sieht - geschweige denn, sie vertreten kann. (-/8.1.1985/rs/ks)

+ + +



Arbeitslosigkeit bleibt auf Nachkriegsrekordniveau

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktzahlen des Monats Dezember 1984

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Süßer die Worte nie klingen ...! Eine schöne Rede hat er wieder geschwungen anläßlich des Jahreswechsels: unser Kanzler forderte darin auch von den Arbeitslosen "Mut zur Zukunft" und "Optimismus". Eine 3,5 Millionen teure Anzeigenkampagne der Bundesregierung unterstützte ihn dabei just in den Tagen zwischen Weihnachten und Silvester bei der Verbreitung dieser "frohen Kunde" 1985.

Ob es etwas genutzt hat? Von dem Millionenheer an Arbeitslosen in unserem Land bezieht dank dieser Regierung kaum mehr als ein Drittel noch Arbeitslosengeld, der Rest ist auf Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe angewiesen. Die Bessergestellten unter den Arbeitslosen (also die, die noch Arbeitslosengeld beanspruchen können) erhalten im Durchschnitt monatlich 950 DM. Haben sie, haben diejenigen, die mit noch weniger auskommen müssen, Grund zu Optimismus?

Das Niveau dieser Regierung und ihrer sogenannten Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sinkt immer weiter. Bisher vertraute sie vollmundig den "Selbstheilungskräften des Marktes", das heißt sie übte sich in Untätigkeit, nun ist Optimismus das Wundermittel, das das Schicksal der drei Millionen Arbeitslosen und ihrer Familien lindern soll. Zynischer geht es kaum noch, denn jeder Widerspruch wird als "Panikmache, Miesmacherei und Verbreitung von Lebensangst" der pessimistischen Sozialdemokraten beziehungsweise der sozialdemokratischen Pessimisten abgetan.

Wie aber sieht es wirklich aus? Was ist für das kommende Jahr auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten? Die Arbeitslosenquote wird auch im dritten Jahr hintereinander auf absoluten Nachkriegsrekord verharren zwischen neun und zehn Prozent. Die absolute Zahl der registrierten Arbeitslosen wird sich ebenfalls wieder zwischen 2,2 und 2,6 Millionen belaufen, wobei aber die Zahl der nicht mehr registrierten Arbeitslosen (bereits heute über eine Million) ohne Zweifel weiter ansteigen wird.

In den Arbeitsmarktzahlen des Dezember 1984 zeichnet sich diese Entwicklung bereits ab, wird deren Vorlage durch die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit doch traditionell mit einer Betrachtung der Entwicklung des zurückliegenden Jahres verbunden: Laut Statistik waren im Dezember 2.325.200 Menschen in unserem Land arbeitslos gemeldet, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,4 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat November 1984 ergibt sich damit eine Steigerung von 136.000 beziehungsweise 0,6 Prozent, gegenüber dem Vorjahresmonat Dezember 1983 ein verhältnismäßig geringfügiger Rückgang um 23.800 beziehungsweise 0,1 Prozent.

Die Bundesanstalt feiert dies - wie nicht anders zu erwarten - als Anhalten einer "leichten Besserungstendenz" und führt als Argumente die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl und die Zahl der offenen Stellen an. Ansonsten sei ausschließlich der Winter am Dezember-Ergebnis schuld.

Betrachtet man nun aber die Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistik für das gesamte Jahr 1984, entlarvt sich jede Aufschwung-Propaganda als heiße Luft: Im Jahresdurch-



schnitt waren 2.265.600 Arbeitnehmer arbeitslos gemeldet, das sind sogar noch etwas mehr als im Jahresdurchschnitt 1983 (+ 7.300). Und auch die Arbeitslosenquote von 9,1 Prozent ist exakt die des Vorjahres. Mit anderen Worten: es gibt keine nachhaltige Besserung auf dem Arbeitsmarkt, das für bundesdeutsche Nachkriegsverhältnisse Rekordniveau sank auch 1984 nicht ab! In fünf Monaten (Januar, Februar, März, August und September) lag die Arbeitslosenzahl 1984 über der des jeweiligen Vorjahresmonates, in zwei weiteren (April und Juli) entsprach sie nahezu der des Vorjahresmonates.

Der Zugang an Arbeitslosen blieb 1984 bis zuletzt groß. Insgesamt gab es 3.672.800 Neuanmeldungen von Arbeitslosen, nur geringfügig weniger als 1982 und 1983. Dabei ging die Zahl der Neuanmeldungen von Arbeitslosen, die zuvor in einem Arbeitsverhältnis standen, 1984 um drei Prozent zurück. Demgegenüber erhöhte sich der Zugang an Arbeitslosen, die zuvor nicht erwerbstätig waren, auch 1984 weiter um insgesamt 925.000 beziehungsweise vier Prozent. Und auch die Zahl der Arbeitslosen, die vor ihrer Meldung in einer betrieblichen Ausbildung standen, nahm nochmals merklich zu um + 14 Prozent (135.600).

Der Abgang an Arbeitslosen vergrößerte sich 1984 um drei Prozent auf 3.696.600, wobei wie im Vorjahr cirka 60 Prozent eine Beschäftigung aufnahmen. Die Bundesanstalt betont in diesem Zusammenhang, daß ohne die Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) (Jahresdurchschnitt 84: 71.000, + 26.300 gegenüber 1983), die Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Erwachsenenbildung (125.000, + 7.000), die Kurzarbeitergeldregelung (389.700 Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt, - 291.400 gegenüber 1983) und die berufsvorbereitenden Maßnahmen für jüngere Arbeitnehmer die 84er Arbeitslosigkeit deutlich höher ausgefallen wäre.

Nimmt man nun vor allem auch die sogenannte Dunkelziffer der nicht mehr registrierten Arbeitslosen hinzu, liegt die Arbeitslosenzahl weiterhin weit über der Drei-Millionengrenze.

Insgesamt meldeten Betriebe und Verwaltungen den Arbeitsämtern im Jahre 1984 1.403.300 offene Stellen (+ zwölf Prozent gegenüber 1983). Diese Stellen konnten in der Regel sehr schnell wieder besetzt werden. Gemessen am Abgang an offenen Stellen betrug der Anteil der Arbeitsvermittlungen rund 80 Prozent bei den Beschäftigungsverhältnissen über sieben Tage Dauer (insgesamt 1.101.200 sowie weitere 652.900 bei kurzfristigen Arbeitsverhältnissen).

Der Bestand an offenen Stellen belief sich Ende 1984 auf 80.000 und lag um ein Viertel höher als Ende 1983. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Laufe des Jahres 1984 geringfügig zu, wobei aber insbesondere die Bauwirtschaft unverändert Anlaß zu großer Sorge bietet. Sowohl im Bauhauptgewerbe wie im Baunebengewerbe machte sich 1984 die rückläufige Baukonjunktur bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen in den Bauberufen erhöhte sich von Ende September bis Ende Dezember um 62.900 auf 191.200.

Bei den Metall- und Elektrikerberufen unterschritt die Arbeitslosenzahl den Vorjahresstand Ende Dezember um 344.600 / zwölf Prozent, und auch die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für naturwissenschaftliche und Ingenieurberufe besserte sich laut Bundesanstalt weiter (61 Prozent mehr offene Stellen als vor einem Jahr: 6.800). Zweites Problemkind neben der Bauwirtschaft sind die sozial-, erziehungs- und geisteswissenschaftlichen Berufe: die Zahl der Arbeitslosen ging hier Ende Dezember um acht Prozent über den Vorjahresstand hinaus - 101.800.



Die Zahl der Kurzarbeiter nahm von November auf Dezember um 11.000 auf 268.400 zu, davon ergab sich allein in der Bauwirtschaft ein Plus von 28.300 auf den Stand von 103.100. In der Mehrzahl der Wirtschaftszweige ging die Kurzarbeit weiterhin leicht zurück, so daß der Vorjahresstand im Dezember um 245.200 oder 48 Prozent unterschritten wurde.

Doch auch hieraus läßt sich keine Hoffnung für 1985 schöpfen. Ein "Geschwätz" macht auch den arbeitslosen Menschen nicht satt, Herr Bundeskanzler und Herr Bundesarbeitsminister! Was nach wie vor fehlt, ist eine aktive Beschäftigungspolitik. Da sie in den vergangenen beiden Jahren ausgeblieben ist beziehungsweise von CDU/CSU/FDP abgeblockt wurde, konnte die Jahresstatistik des Arbeitsmarktes 1984 nicht besser aussehen. Und bedauerlicherweise wird auch der Arbeitsmarkt 1985 unter dieser Inaktivität der Bundesregierung stöhnen und ächzen. Leidtragende sind wieder einmal die Menschen, arbeitslose Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen.

Wen kann es da wundern, wenn nach einer Mitte Dezember veröffentlichten Infas-Umfrage in der Bevölkerung die Zweifel wachsen, ob diese Bundesregierung wirklich ernsthaft die Arbeitslosigkeit abbauen will. Ernüchterung und Wut greift um sich. Da bleibt für "Optimismus" à la Kanzlers Weihnachtsbotschaft wahrlich kein Platz. Wer will es den Menschen verdenken?
(-/8.1.1985/rs/ks)

+ . + +

*

